

teuerlustig über die Bogesen und über den Kanal blüht und, indem er Rußland herablassend auf die Schulter klopf, dessen Verbündeten herausfordernde Blicke zuwirft. Was die Sozialdemokratie mit ihrer Agitation gegen den Zarismus bewerkte, das war die Stärkung der deutschen Demokratie gegen das Übergewicht Rußlands. Was wir jetzt haben, ist die Erstarkung des deutschen Imperialismus.

Den Unterschied zwischen diesen beiden Dingen dem Proletariat klarzumachen, ist eine wichtige Aufgabe der Parteipresse. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird nicht nur den Zusammenhang der bürgerlichen Demokratie mit dem zarischen Absolutismus klarer machen, sondern auch dem Proletariat zeigen, um wie vieles die jetzige imperialistische Politik des Kapitalismus gefährlicher ist, als die frühere. Diese Erkenntnis der großen Zusammenhänge in der Arbeiterklasse zu steigern, ist jedenfalls keine geringere Aufgabe, als das Wecken des ethischen Protestes gegen die Greuel der Mächtigen, ob sie an der Rewa und Weichsel oder an der Spree geschehen.

Staatsstreichgelüste und Parlamentarismus.

Vor einem halben Jahre beherrschte der Kampf um das preussische Wahlrecht die politische Situation und zog alle Aufmerksamkeit auf sich. Nachdem der Bethmann-Hollweg'sche Entwurf gefallen war, staute die Bewegung ab und trat die preussische Wahlrechtsfrage als unmittelbare Tagesfrage in den Hintergrund. Die kommenden Reichstagswahlen, die eine Abrechnung der großen ausgebeuteten Volksmassen mit der Finanzreform bringen müssen, warfen schon ihre Schatten voraus.

In der Partei wurde die Lösung ausgegeben, sich für den Wahlkampf zu rüsten und jetzt nicht an die Ausgestaltung, sondern vorerst nur an die richtige Ausnutzung unserer politischen Rechte zu denken. Während aber die Arbeiterklasse sich überall auf die Wahlen vorbereitete, suchten die herrschenden Klassen die Aufmerksamkeit davon abzulenken. Staatsstreichgerüchte schwirren durch die Luft; „das Wort Staatsstreich hat für das deutsche Ohr keinen üblen Klang mehr“, schrieb neulich der konservative Reichsbote. Die bürgerliche Presse redet von Ausnahmefällen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als über etwas mögliches, worüber ernsthaft zu diskutieren sei. Die niederträchtige Verlogenheit, womit diese Presse die Polizei-Exzesse in Mouton und Wedding gegen die Arbeiterbewegung auszuschlachten suchte, ruft die Erinnerung an die Hege zur Zeit der Attentate und der Attentatswahlen wach, die das Sozialistengesetz herbeiführten.

Nun ist es höchst fraglich, ob solchen Worten auch so fort wirkliche Taten folgen werden. Dafür steht für die herrschende Klasse doch noch zuviel auf dem Spiel. Die Arbeiterklasse hat sich schon allorts zu Massenprotesten zusammengefunden, und wenn etwa aus den unbestimmten Drohungen bestimmtere Pläne entstehen würden, dann würde man noch eine ganz andere Protestbewegung sehen. Die Reaktion weiß sehr gut, oder empfindet wenigstens instinktiv, mit welcher Macht sie zu rechnen hat, und sie wird sich sehr wohl hüten, eine Revolution heraufzubeschwören, solange sie der Herrschaft noch sicher ist. Sie muß es bei der wütenden Befundung ihrer Staatsstreichgelüste bewenden lassen, ohne die Tat zu wagen, und ihre Hege ist im Grunde nur ein tölpelhafter Versuch, die Massen vor der einzig zuverlässigen Oppositionspartei arbeitslos zu machen. Aber sie zeigt damit zugleich, womit ihre innersten Gedanken sich fortwährend beschäftigen. Daher bildet dieses Gerücht über Staatsstreich und Ausnahmefälle ein bedeutungsvolles Symptom. Daß solche Dinge jetzt sofort nach dem Abflauen der Wahlrechtskämpfe, die öffentliche Aufmerksamkeit beherrschen, beweist, daß der parlamentarische Kampf nicht mehr den Schwerpunkt des politischen Kampfes bildet.

Der Klassenkampf des Proletariats muß ein politischer Kampf sein, weil die Eroberung der politischen Herrschaft

die notwendige Vorbedingung zur Verwirklichung des Sozialismus ist. In der hinter uns liegenden Periode ist dieser Kampf vor allem als parlamentarischer Kampf geführt worden, weil hier das allgemeine Reichstagswahlrecht dem ganzen Proletariat die Möglichkeit zur Teilnahme an diesem Kampf bot. Weil das Parlament die Gesetze feststellt und selbst vom Volke gewählt wird, bietet es ein Mittel für die Volksmasse, selbst über die Gesetze zu gebieten. Es wird sogar die Auffassung vertreten, daß das allgemeine gleiche Reichstagswahlrecht der Sozialdemokratie die Möglichkeit biete, durch einfache friedliche Propaganda, womit sie die Mehrheit der Bevölkerung gewinnt, auch die Mehrheit im Reichstag und damit die politische Herrschaft im Staate in die Hand zu bekommen. Aber diese friedliche Eroberung der Staatsgewalt setzt Vorbedingungen voraus, die in der Wirklichkeit nicht erfüllt sind. Sie wäre nur möglich, wenn die volle Demokratie im Staatswesen herrschte. Aber daran fehlt so ungefähr alles:

Nirgends hat das vom Volke gewählte Parlament allein über die Gesetzgebung zu gebieten. In Deutschland steht die Regierung als unabhängige Macht neben dem Reichstag, und nicht der Reichstag, sondern diese Regierung gebietet über Beamten, Polizei, Armee, über alle Machtmittel des Staates. Sie stützt sich dabei vor allem auf das preussische Dreiklassenhaus, in das Vertreter des Proletariats nur zufällig und ausnahmsweise eindringen können. Und dann ist auch das Reichstagswahlrecht immer mehr ein ungleiches Wahlrecht geworden, das die Arbeiter entrechtet. Denn trotz der massenhaften Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte sind die alten Wahlkreise noch immer geblieben. Daher würde es einer sozialdemokratischen Mehrheit im Lande noch gar nicht möglich sein, die Mehrheit im Reichstags zu bekommen. Die friedliche parlamentarische Eroberung der politischen Herrschaft ist eine Utopie.

In dem Maße, wie das Proletariat sich dieser Tatsache bewußt wird, muß seine Aufmerksamkeit notwendig von dem parlamentarischen Wahlkampf abgelenkt werden. Die Eroberung neuer politischer Rechte, eine Umgestaltung der Grundlage des politischen Lebens im demokratischen Sinne wird immer mehr zu seiner Hauptaufgabe.

Es kann sich mit dem heutigen Wahlsystem nicht zufrieden geben. Aber auch die herrschende Klasse ist mit dem geltenden Wahlsystem nicht zufrieden. Sie fürchtet sich vor dem Reichstagswahlrecht, weil ihre Politik nicht nur die Arbeiterschaft, sondern allen unteren Gesellschaftsklassen, auch die Landbevölkerung, schädigt und sie gegen das herrschende System aufbringt. Und nie hat sie das so stark empfunden wie heute; sie hat die Wahlen von 1903 als Folge des Zollwuchers noch nicht vergessen. Daher möchte sie die politischen Rechte der Besitzlosen am liebsten verringern. Und gerade jetzt, vor der Abrechnung bei den Reichstagswahlen liegt es ihr nahe, sich mit solchen Gedanken zu befassen.

So verschiebt sich der Schwerpunkt des politischen Kampfes. Er liegt nicht mehr in dem Kampf mittels der bestehenden politischen Rechte, sondern in dem Kampf um politische Rechte. Nicht die Benutzung, sondern die Ausgestaltung des Wahlrechts wird zur hauptsächlichsten Form des Klassenkampfes. Mit wie großer Kraft sich diese Tatsache durchsetzt, ersehen wir gerade aus den jetzigen Vorgängen. Glaubte das Proletariat diese tieferen Kämpfe zeitweilig einstellen und hinter den Wahlkampf zurückstellen zu können; sofort drängt der Feind vorwärts und stellt seine Wahlrechtsreform in den Vordergrund, damit wir nicht zum ruhigen Wahlkampf kommen. Darin liegt die Bedeutung der Staatsstreichgerüchte; sie belehren das Proletariat, daß trotz der nahenden Wahlen doch die Grundfragen der Verfassung auf der Tagesordnung stehen bleiben.

Nun ist die Regelung und Abgrenzung der politischen Rechte der Klassen eine Frage der Macht; die Verfassungen werden durch das Machtverhältnis der Klassen bestimmt. Will eine Klasse die politischen Formen in ihrem Sinne umändern, so muß sie dafür kämpfen und den Gegner durch ihre überlegene Macht schlagen. Woher

kommt es nun, daß beide Klassen die bestehenden Formen umändern wollen? Dünkt vielleicht jede der beiden Klassen sich selbst die stärkste? Ja, und das kommt daher, weil sie beide ihre stärkste Macht in dem bisherigen Kampfe noch nicht ins Feld geführt haben.

Die größte Macht der bestehenden Klasse liegt in ihrer Verfügung über die Machtmittel des Staates, vor allem über Polizei und Armee. Diese konnten aber in dem parlamentarischen Kampf nicht angewandt werden. Darin lag eben der große Wert des Parlamentarismus für das erst emporkommende Proletariat, daß es dadurch seine Macht stetig vergrößern konnte, während die ihm noch immer überlegene Hauptmacht des Feindes ausgeschaltet war und untätig bleiben mußte. Aber auch dem Proletariat bietet der parlamentarische Kampf keine Gelegenheit, die stärksten Faktoren seiner Macht in Anwendung zu bringen. Nur seine große Zahl und seine politische Einsicht traten dabei zutage; aber seine größte Macht liegt in seiner unmittelbaren Gewalt über die Produktion, wodurch es das ganze Leben der Gesellschaft stilllegen kann, und in seinen Massenorganisationen mit ihrer festen Disziplin; und diese Machtfaktoren liegen in dem politisch-parlamentarischen Kampfe brach.

Der Klassenkampf um die Herrschaft kann nur dadurch zu Ende geführt werden, daß die stärksten Machtmittel der beiden Klassen sich aneinander stellen und einander zu vernichten suchen. In diesem Sinne waren jedoch all unsere bisherigen Kämpfe nur ein Geräusel von Vorposten, wobei beiderseits die Hauptmacht in Reserve blieb. Diese wird auf den Plan treten müssen, sobald die Umänderung der bestehenden politischen Grundrechte zum Objekt des Kampfes wird. Die herrschende Klasse wird dann versuchen, zur Durchführung eines Staatsstreichs oder zur Abwehr des proletarischen Wahlrechtskampfes die bewaffnete Gewalt anzuwenden und mit Polizei und Militär die revolutionäre Bewegung in Blut zu erstickten. Das Proletariat wird zu Massenaktionen, Massendemonstrationen und Massenstreiks greifen müssen.

So ändert sich der politische Kampf um. Aus der Form des parlamentarischen Kampfes wird er immer mehr zu einem Kampfe um Wahlrechtsreformen und politische Grundrechte, der nur als Massenkampf geführt werden kann. In dieser Form wird der große Machtkampf der beiden Klassen um die Herrschaft ausgekämpft werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Nieder mit der Arbeiterschaft.

I.

Herr Dr. Alexander Tille, Syndikus der Saarindustriellen und Hauptgeschäftsführer bei den Unternehmern, hat vor kurzem ein vierbändiges Werk herausgegeben: Die Berufspolitik des Gewerbes und Handelsstandes (Berlin 1910, Rosenbaum u. Hart), in welchem der brutale Unterdrückungspolitik parteiisch das Wort geredet und die deutsche Arbeiterschaft in geradezu pöbelhafter Weise beschimpft und verhöhnt wird. Herr Tille will eine politische Arbeiterbewegung schaffen, um der Klassenkampfbewegung der gewerblichen Lohnarbeiter erfolgreich entgegenzutreten und die einseitige Klassengegenseitigkeit, die daraus hervorgeht, den gewerblichen Unternehmern in seiner Tätigkeit (soll heißen: in der Ausbeutung der Arbeiter. Red.) zu beschränken und zu entzünden, abzuwehren. Denn Reichsregierung und Bundesrat ließen sich nach der Behauptung Tilles mit den radikalen Forderungen der „Klassenpolitischen Lohnarbeiterbewegung“ selbst da noch, wo „diese den Lebensinteressen der Ertragswirtschaft“ zuwiderlaufen. „Der Gewerbe- und Handelsstand ist durch seine Uneligkeit politisch in Not geraten, so daß seine Lebensinteressen heute den Zümmelplatz darstellen, auf dem Doktrinarismus, Parteileidenenschaft, Klassenhaß und Wahneinwirkung anderer Berufsständinteressen ihren gesetzgeberischen Eifer kühlen.“ Damit diese Kreise nun der Sache „ihres Berufsstandes“ besser dienen können, brauchen sie unbedingt ein Lehr- und Handbuch, das ihnen in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, geistesgeschichtlicher, gesetzgeberischer und politischer Hinsicht die nötigen Unterlagen zu einer solchen Betätigung bietet.“ Dieses Buch bietet allen Unternehmern Herr Dr. Alexander Tille mit dem nicht gerade bescheidenen Anspruch, daß dasselbe „den Grundstock eines Systems der Berufspolitik bildet“.

Der Verfasser geht denn auch bei seinen „wissenschaftlichen“ Untersuchungen von vornherein von dem Grundsatze aus, den Unternehmern zu schmeicheln und die Ergebnisse „seiner Forschungen“ ihren Wünschen anzupassen. Die Arbeiter schilbert er als faul und dumm, die ein „beschauliches Dahinschlendern der angestrengten Kräftebetätigung vorziehen“. Das kommt daher, „daß diejenigen, welche die Achtung zur starken Betätigung ihrer Fähigkeiten in sich tragen, sich naturgemäß dem Unternehmertum zuwenden, wo sie Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft unter eigener Verantwortung an die Erzielung eines Ertrages zu wagen. Da die Arbeitsfremdbilgen sich demnach zu Ertragsarbeitern aufschwingen, so bleiben für Gehalts- und Lohnarbeiter durchschnittlich nur diejenigen mit weniger starkem Arbeitsstriebe übrig“.

Von den sinnlosen, weil mit den offenkundigen Tatsachen in Widerspruch stehenden Behauptungen, daß die Beamten und Arbeiter die Faulenzer, hingegen die Unternehmer — die er Ertragsarbeiter nennt — die Fleißigsten seien, kommt der Angehüllte der Saarindustriellen zu dem weiteren Schlusse, daß wir unsre Kultur nicht der Arbeit aller, sondern ausschließlich der Tätigkeit der Unternehmer zu verdanken haben. Parteipolitisch ruft Herr Tille (1. Band, Seite 188) aus:

In unserm Zeitalter ist es Mode geworden, zu behaupten, die Allgemeinheit schaffe jede Wertsteigerung, und nicht die Gesamtheit der ertragswirtschaftlichen Unternehmer. Und doch kann nichts falscher sein. Es gibt kein höheres und unbefehleneres, kein unwissenderes und hilfloseres Ding als die Allgemeinheit. Die Allgemeinheit schafft überhaupt nichts, sie fordert nur. Die ertragswirtschaftlichen Unternehmer in ihr sind die einzige treibende, schaffende und werbende Kraft in jedem Volke.

Den Lohnarbeitern empfiehlt Herr Tille, sich mit ihrer Lage abzufinden und „durch hervorragende Leistungen einen Unternehmer daran zu interessieren, sie in Arbeit zu nehmen, oder sich selbst ein Unternehmen zu gründen“. Hier wird also der hochherrlichen Diebedienerei offen das Wort geredet, und denen, die nicht schmarozken wollen oder das nicht können, wird der höhnische Rat gegeben, selber unter die Unternehmer zu gehen. Das Unternehmertum ist Herrn Tille der Inbegriff alles Wirtschaftsliebens. Den allgemein auch von den unternehmerfreundlichen Volkswirtschaftslehren anerkannten Satz: „Ohne Arbeit keine Kultur“, überseht er mit: Ohne Unternehmer keine Arbeitsgelegenheit. Dem Ausspruch des englischen Nationalökonom Thomas Carlyle: der traurigste Anblick unter der Sonne ist ein

Sie war doch nie allein, daß man ihr hätte einen nützlichen Schreden einjagen können, wozu sich der Adam sonst ganz gern getraut hätte. Da waren handfeste Gesellen, die der Meisterin auf jeden Quetscher zu Gebote standen, und zu Abend sah der Himmel, der Nauratil, mit seinen groben Tischlerhäuten sicherlich zu Hause, und sie gähnten sich an aus Müdigkeit und Langeweile. Da war nichts zu machen. Nirgends im Guten, Wie etelhaft das nur war! Er spie vor sich hin.

Damit aber kam man nicht weiter.

Erst wollt' er schuldig bleiben. Aber die Steiflerin war ganz ausnahmsweise jubringlich, und der eine Gulden half ihm ja doch nichts. Er zahlte, schnallte sein Seitengewehr vorschriftsmäßig fest und trat völlig gedankenlos in den Hof, der zu veröden begann. Denn es war sehr dunkel, und die Kühle troch über den Boden.

Es schien ihm durch den Nebel, als sähe er die Dienstmagd der Ahne fortgehen. Und dieses setzte er sich als Zeichen: war die alte Frau allein, so wollt' er ihr sein Anliegen vorbringen; wo nicht, wieder umkehren. Denn es zog ihn.

Ein Schüttelfrost schlug seine Zähne zusammen, gedacht' er, was geschah, wenn er sich auf keine Weise Geld verschaffen konnte. Das mußte verflüht sein. Und was war dabei, wenn er die Ahne darum anging, die dessen hatte, genug hatte, während er sich anders in keiner Weise zu helfen wußte?

Er spähte aufwärts. Noch brannte nirgend ein Licht, und langsam stieg er die drei Treppen empor.

Wie ausgestorben war doch das Haus. Niemand auf den Gängen, da sich sonst Kinder tummelten und riefen. Er stand vor der Tür der Alten. Mit einem kräftigen Rud zog er die Klingel.

Ein dünnes Greifenstimmchen: „Wer ist's?“

Die eigene Stimme kam ihm fremd vor. Er wußte nicht, wie's ihm einfiel: „Ein armer Mann tät' schön bitten“.

Die Tür ward halb geöffnet. Er drängte sich mit einem Rud durch den Spalt. Sie erkannte ihn und erschraf: „Jesaja, der Adam!“

Sie durfte nicht schreien. Etwas Fremdes war in ihm, handelte, bestimmte immer das Zweckmäßige. Und so

neigte er sich ihr zu und flüsterte sehr heiser: „Die Ahndel muß net erschrecken. Ich komm' wegen der Linnerl.“

„Wegen der Linnerl?“ Sie musterte ihn argwöhnisch. Aber schon hatte er die Tür geschlossen und stand so, daß er ihr den Ausgang sperrete. „Aber warum kommt sie net selber?“

„Ja, wegen der Linnerl. Und selber kommt sie net, weil sie sich net traut...“

„Das liegt der Adam...“

Seine Rechte fingerte nervös an seinem Seitengewehr: „Einen Linnerl müßt' mich die Ahndel jußt net heißen. Die Linnerl traut sich net. Und schreien sollt' die Ahndel net. Es braucht's net, daß das ganze Haus weiß, da davon wir reden.“

Sie bereute beinahe, daß sie eine Regung von Furcht gewahren lassen. Wer konnte ihr anwollen? Und ganz strack schritt sie voraus. „So komm! Die Tür laßt mir offen!“

Er folgte. Sie entzündete die Lampe. „Wär' jußt net not, daß die Frau Ahndel ein Licht macht.“

„Gar so insgeheim haben wir zwa nix miteinander.“

„Kann man nie net wissen,“ er schnaufte schwer und feuchend und schloß vorsichtig und dennoch sah die Tür.

„Die Tür bleibt offen.“

„Hab' ich's halt vergessen, und jetzt ist's zu.“ Er stand immer auf der Lauer, immer so, daß er ihr den Ausgang sperrete.

„Und was willst? Was ist's mit der Linnerl?“ So dünn war ihr Stimmchen! Ein Zirpen, das ihm dennoch immer stärker auf die Nerven ging, so herrlich und so voll gehässigen Mißtrauens war es, und so scharf lugten die vor Alter farblosen Augen zu ihm herüber.

„Ja, was soll's mit der Linnerl sein?“ Er drehte seine Miße hin und her.

„Hast deine eigene Lug' schon vergessen? Oder was steht da wie der Bettelmann, wenn er sein Gefäß net weiß?“

Er versuchte zu lachen, aber er brachte nur ein häßliches Grinsen zuwege, vor dem es einem grausen konnte: „Geht mir a net viel anders.“

Korrekturen: Jolanda